frisch und elastisch wie in seinen besten Tagen. In liebenswürdigster Weise begrüßte er den Präsidenten, tauschte mit diesem und jenem von den Herren am Bundesrathstisch einen Händedruck, unterhielt sich mit mehreren sich ihm nähernden Abgeordneten, und kaum war die Sitzung eröffnet, als er auch sofort das Wort nahm. Die Vertretung der deutschen Nation ist an sich eine erlauchte Zuhörerschaft. Aber heute sprach Deutschlands eiserner Kanzler nicht nur zum deutschen Volke, heute richtete Fürst Bismarck seine Worte an ganz Europa, an die gesammte gebildete Welt. Und so hatten denn auch die Vertreter der meisten Staaten sich in den Logen eingefunden. Das diplomatische Corps war heute sehr zahlreich auf den Galerien des Reichstags vertreten, darunter auch die Damen in herrlichem Kranz. Und wer von der höchsten Aristokratie des Blutes und der Finanz irgendwelche „Beziehungen" hatte, zumal zu Mitgliedern des Reichstags, heute ward davon Gebrauch gemacht, um ein Tribünenbillet zu erlangen.

Schon mehrere Stunden vor Beginn der Sitzung drängte sich ein gewähltes, mit Karten versehenes Publicum an den Eingängen, um nur möglichst in den vorderen Reihen der Tribünen einen Platz zu erringen. Von dem überzahlreichen Publicum, welches kein Billet hatte, von den vielen Leuten, welche noch durch irgend einen Glücksumstand in letzter Stunde hofften eindringen zu können, wollen wir nicht sprechen. Heute erwies sich jede derartige Hoffnung als trügerisch. Die Einlaßkarten waren seit Wochen vergeben! Auf der Straße drängte das Publicum, daß die Polizeibeamten Mühe hatten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und von dem Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße bis zum Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße standen dichte Schaaren, welche lediglich den deutschen Kanzler zu sehen begehrten. Der Wagen des Fürsten Bismarck wurde auf seinem Wege von fortgesetzten Hochrufen begleitet. Und als es nach 1¼ Uhr bekannt geworden, daß der Fürst das Wort genommen, wurden thatsächlich hundert Mark und darüber für ein Tribünenbillet geboten. Dabei hörte man vor dem Reichstagsgebäude die verschiedensten Zungen, Magyaren neben Russen, Amerikaner und Italiener, auch die langbezopften Söhne des Reiches der Mitte fehlten nicht unter den vergeblich Einlaß Begehrenden.

Prinz Wilhelm's Kutsche fuhr bereits 10 Minuten vor Eröffnung der Sitzung in das Gebäude ein, und der Prinz musterte vorher die Mitglieder des Hauses, das wir uns seit langer Zeit nicht besinnen können in allen seinen Theilen so gut besetzt gesehen zu haben.

Die Journalisten hatten heute besonders schweren Dienst. Bekanntlich ist die Zahl der Sitzplätze für die Berichterstatter nur eine sehr beschränkte, aber vier Mal soviel Karten sind ausgegeben als Plätze vorhanden. Sonst fährt das auch niemals zu Ungelegenheiten, denn in gewöhnlichen Sitzungen fehlen mehr Berichterstatter, als anwesende zu zählen sind. Wie anders heute. Wir brauchen nicht zu sagen, daß die „Times" und die „Independance" vertreten waren, die Wiener und die ungarischen Blätter, der „Romanul" und die „Riforma", die Newyorker „Staatszeitung" und viele, viele andere ausländische Zeitungen, heute hatten alle ihren Specialreferenten entsendet und ließen sich die Depeschen etwas kosten. Man saß wirklich in drangvoll fürchterlicher Enge.

Es mochten, einschließlich der 400 Abgeordneten, anderthalb Tausend Personen in dem oft geschilderten, im höchsten Grade unzulänglichen Saale des provisorischen Reichstagsgebäudes anwesend sein. Die Akustik ist hier die denkbar schlechteste. Aber als Fürst Bismarck sprach, war es so still im Saale, horchte Alles so andächtig, war Jedermann so bemüht, alles Geräusch zu vermeiden, daß man trotz der schwierigen Verhältnisse doch in allen Theilen des Saales die Worte des Kanzlers ziemlich gut vernehmen konnte.

Die Rede selbst muß man im Wortlaut nachlesen. Als preußischer Ministerpräsident, als Kanzler des norddeutschen Bundes und als Reichskanzler hat Fürst Bismarck viele hochbedeutende Reden gehalten, aber wir hatten das Gefühl, daß an wuchtigem Eindruck, an mächtiger, an unmittelbarer Wirkung keine frühere Rede des großen Mannes der heutigen gleicht. Gewaltig äußerte sich sofort der unmittelbare Eindruck, kein Anderer vermochte nach Bismarck noch zu sprechen, die Führer der Parteien erklärten enthusiastisch unter dem lebhaften Jubel des Hauses ihre Zustimmung — und die paar Socialdemokraten schwiegen.

Die Rede wird uns und der gesammten Presse noch vielfach Gelegenheit geben, in umfassender Weise auf die heutige Sitzung zurückzukommen.

* * *

* **Berlin**, 6. Februar. Der Reichskanzler Fürst von Bismarck erinnerte in seiner heutigen epochemachenden politischen Rede an die bewegten Tage des Januarmonats 1870, an die jubelnde Begeisterung, welche das deutsche Volk damals den Entschließungen des Königs von Preußen, jetzigen Kaisers Wilhelm entgegenbrachte, um sie alsbald in die glorreichen Thaten des nationalen Krieges umzusetzen. Wie der Hauch eines herzerhebenden Geistes ging es dann durch die Reihen der deutschen Volksvertretung, als der leitende Staatsmann seine Stellung zu der bewegenden Tagesfrage nahm und in jener überlegenen Weise entwickelte, welche seiner Politik den maßgebenden Platz in dem Kreise der Mächte verschafft hat. Die Wehrordnung und ihre Motivirung, die Creditvorlage, die Gesichtspuncte allgemeiner Natur, in deren Beleuchtung Fürst Bismarck die Situation erscheinen ließ, alles Das vereinigte sich zu dem Gesammteindruck einer imponirenden Kundgebung, deren Wirkung auf die Zuhörerschaft in der einmüthigen Endloc-Annahme der Wehrvorlage in zweiter Lesung, sowie der nicht minder einmüthigen Ueberweisung der Creditvorlage an die Budgetcommission sich widerspiegelte. Um den Inhalt der Rede des Fürsten Bismarck in aller Kürze zu recapituliren, darf man sie als eine Kundgebung bezeichnen, welche zu Ansetzung Rußlands bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens geht, übrigens aber Wort für Wort von dem unerschütterlichen Vertrauen des Redners zu der Gerechtigkeit der deutschen Sache und der Ueberlegenheit der deutschen Wehrkraft Zeugniß ablegte. Die helle Begeisterung, welche das rednerische Auftreten des leitenden Staatsmannes in Aug und Herz seiner unmittelbaren Zuhörer entzündete, beschränkte sich aber nicht auf den Umkreis des Sitzungssaales, sondern verpflanzte sich weit hinaus in das flutbende Straßenleben der Großstadt. Nach vielen Tausenden zählte die Menge, die vor dem Reichstagsgebäude und in dessen nächster Umgebung Posto gefaßt und gleichfalls vorahnenden Geistes beschlossen hatte, dem Reichskanzler beim Verlassen der Sitzung das Vertrauensvotum des Berliner, des deutschen Volkes darzubringen. Umsonst waren die Versuche, die Leute zum Aufgeben ihrer Plätze zu bewegen. Man wich und wankte nicht; als aber die hohe Gestalt des eisernen Kanzlers im Portal des Reichstagsgebäudes sichtbar wurde und der Fürst zu Fuß den Weg nach seinem Palais in der Wilhelmstraße einschlug, da zuckte es wie ein elektrischer Funke durch all die Tausende, welche von dem Ernst der Stunde durchdrungen, dem großen Staatsmanne das Geleit gaben, und nicht eher mit ihren jubelnden Zurufen aufhörten, als bis der Gegenstand derselben den Blicken und dem Schallbereich ihrer Stimmen sich entzogen hatte.

* * *

* Ueber den Eindruck der Rede des Reichskanzlers wird uns aus Abgeordnetenkreisen geschrieben:

Lange, lange Jahre müßte man in der Geschichte des Reichstags zurückgreifen, um einen Tag einmüthiger Begeisterung zu finden, wie wir ihn heute gesehen. Da war kein Mißklang, kein Unterschied der Parteien, einstimmig und mit der größtmöglichen Abkürzung der Berhandlung hat die Vertretung der Nation das Wehrgesetz, wie es aus der Commission gekommen, angenommen, und der zur Deckung der Kosten bestimmte Anleihentwurf ist nur der Form wegen an die Budgetcommission verwiesen worden. Es war der überwältigende Eindruck der Rede des Reichskanzlers, was den Reichstag zu dieser großartigen Kundgebung eines entschlossenen, opferbereiten Patriotismus vermochte. Soll man den Gesammteindruck schildern, den das Auftreten unseres leitenden Staatsmannes in den parlamentarischen Kreisen gemacht hat, so wird man ihn als einen tief ernsten bezeichnen müssen. Fürst Bismarck hofft, daß der Friede erhalten bleibt, er findet, daß sich die Lage, was unser Verhältniß zu Frankreich anlangt, gegen das Vorjahr eher verbessert als verschlechtert und daß sie sich in Beziehung auf Rußland kaum geändert hat. Bedrohliche Symptome, wie die Feindseligkeiten der russischen Presse und der Verschiebungen der russischen Truppen, sind nicht nothwendig als Anzeichen kriegerischer Absichten aufzufassen. Von der persönlichen Friedensliebe des Zaren ist der Kanzler überzeugt. Ein wirkliches Interesse der russischen Politik, das durch die Bekriegung Deutschlands oder Oesterreichs befriedigt werden könnte, vermag er nicht zu erblicken. Gewiß, eine starke Gefahrenthat der Situation leugnet der Kanzler nicht, aber er erinnert daran, wie oft in den letzten vierzig Jahren die Dinge unmittelbar vor dem großen europäischen Coalitionskriege standen, und wie es doch immer noch gelang, ihn zu verhindern. Ein zwingender Grund zu solchem Kriege ist aus der Meinung des Kanzlers augenblicklich in dieser Situation nicht vorhanden. Eine neue orientalische Krise würde gewiß eine allgemeine Kriegsgefahr heraufbeschwören können, aber Fürst Bismarck meint, daß sie recht wohl noch einige Jahre hinausgeschoben werden könnte. Von der bulgarischen Frage drakt der Kanzler noch wie vor ziemlich gering; daß sie einen Weltbrand entzünden sollte, scheint er für eine ungeheuerliche Zumuthung zu halten. Er glaubt nicht, daß Rußland sich die verlorene Position mit Gewalt wieder erkämpfen wolle; wenn es aber im Wege der diplomatischen Action sich lediglich die ihm zweifellos durch den Berliner Vertrag zuerkannten Rechte vindicirte, so werde Deutschland, seiner ganzen bisherigen Haltung getreu, diese Forderungen unterstützen. Fürst Bismarck erklärte sich in diesem Zusammenhange sogar ausdrücklich erbötig, etwaige russische Vorschläge bei der Pforte zu befürworten.

Ueberblick man das alles, so gewinnt man den Eindruck, daß der leitende Politiker des deutschen Reichs mit Aufbietung seiner ganzen Kraft bemüht ist, alle Hindernisse einer Ebnung der Lage aus dem Weg zu räumen und der russischen Politik goldene Brücken zur Umkehr von einer gefährlichen Bahn zu bauen. Auf der andern Seite hat Fürst Bismarck mit einem Nachdruck und Selbstgefühl wie nie zuvor auf die ungeheure Macht verwiesen, welche Deutschland durch die Kraft der eigenen Nation, sowie durch seine Bündnisse jedem Friedensstörer entgegenzustellen vermag. Der Ton, in welchem das geschah, mußte die Vermuthung erwecken, daß trotz aller Hoffnung auf Erhaltung des Friedens die Friedensstörer vorhanden und am Werke sind. Wenn es irgend etwas geben kann, was sie noch lahm zu legen vermag, so ist es eben die ungeheure Rüstung der deutschen Nation. Um diesen Eindruck zu verstärken, hat Fürst Bismarck den Reichstag noch ausdrücklich um die vom Centrum beantragte Endloc-Annahme des Wehrgesetzes. Eine imposantere machtvollere That zu Gunsten des europäischen Friedens war nicht denkbar. Hoffen wir, daß ihr der erwünschte Erfolg nicht fehle! Auf alle Fälle aber darf das deutsche Volk den kommenden Dingen, wie immer sie sich gestalten mögen, getrosten Muthes entgegen sehen.

Leipzig, 8. Februar 1888.

* Im **Reichstag** sollte gestern der Antrag auf **Verlängerung der Legislaturperioden** zur zweiten und an einem der darauffolgenden Tage zur dritten Lesung kommen. Unmittelbar darauf wird sich dann auch das **preußische Abgeordnetenhaus** mit derselben Angelegenheit beschäftigen. Der betreffende Antrag ist jetzt im Hause eingegangen, unterzeichnet von je fünf Mitgliedern der Cartelparteien (auf nationalliberaler Seite von den Abg. v. Bennigsen, v. Cuny, Francke, Hammacher, Mithoff). An und für sich wäre die Ausdehnung der Legislaturperioden in Preußen allerdings nicht so dringend nothwendig wie im Reich, wo das allgemeine Wahlrecht bei zu häufiger Wiederkehr der Wahlen die politischen Leidenschaften der Massen in bedenklichster Weise aufwühlt. Allein die Uebereinstimmung der beiden großen Körperschaften in einer solchen constitutionellen Grundlage muß doch in hohem Grade wünschenswerth erscheinen.

* Auf Grund der rückwirkenden Kraft des die **Fürsorge für die Wittwen und Waisen von Angehörigen des Landheeres und der Seemacht** betreffenden Gesetzes vom 17. Juni v. J. haben diejenigen Wittwen von Officieren, Aerzten im Officiersrange und Beamten des Reichsheeres und der Reichsflotte, deren Ehemänner nach dem 1. April 1882 im thätigen Dienste oder als Ruhegehalts- oder Wartegeld-Empfänger verstorben sind und zur Zeit ihres Todes zur Entrichtung von Wittwen- und Waisengeldbeiträgen nach den Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes verpflichtet waren, vom 1. Juli 1887 Anspruch auf Gewährung von Wittwengeld; ebenso Waisen der vorbezeichneten Militairpersonen, wenn sie am 1. Juli 1887 das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten hatten. Die Anträge auf Anweisung des Wittwen- und Waisengeldes sind baldigst an die Unterstützungs-Abtheilung des Kriegsministeriums zu richten. Werden Waisengelder für Mädchen von mehr als sechzehn Jahren beansprucht, so ist der Nachweis zu führen, daß diese unverehelicht sind.

* Aus **Gotha**, 3. Februar, wird der „Allgemeinen Zeitung" gemeldet:

Mit der unserem Landtag jetzt unterbreiteten Eisenbahnvorlage ist im Wesentlichen der vorberathende Landtagsausschuß wie auch die öffentliche Kritik einverstanden. In dem Staatsvertrag mit Preußen wird unserem Lande kein schweres Opfer für die fünf neuen Localbahnen angesonnen; es ist nur der erforderliche Grund und Boden kostenfrei abzutreten. Durch diese Localbahnen wird das Gothaer Land nach allen Richtungen mit einem Schienennetz versehen, das die einzelnen Landestheile mit einander und mit den bestehenden Eisenbahnen verbindet. Die Strecke Ohrdruf-Gräfenroda bildet ein Verbindungsglied zwischen der Gotha-Ohrdrufer und Erfurt-Meiningen-Eisenbahn, ebenso Schwarzwald-Georgenthal zwischen der Fröttstedt-Friedrichsroda und Gotha-Ohrdrufer Eisenbahn; in letztere mündet auch die Strecke Tambach-Georgenthal, während Großtabringen-Ufleben und Herbsleben-Bollstedt in die Gotha-Leinefelder Eisenbahn münden. Der Bau der Localbahnen wird sehr bald erfolgen, ebenso die Uebernahme der Gotha-Ohrdrufer Eisenbahn durch Preußen. Was speciell die Uebernahme der Fröttstedt-Friedrichsroda Eisenbahn betrifft, so ist dieselbe zunächst noch von einer angebahnten Verpachtung mit dem Betriebspächter Sachstein-Berlin abhängig, dessen Vertragsverhältniß bis 1. October 1892 bestehen würde, wenn nicht ein anderweites Abkommen getroffen wird. Letzteres ist aber gar nicht mehr zweifelhaft, da Sachstein sich bereit erklärt hat, schon am 1. April 1889 den Betrieb abzugeben. Es schwankt nur noch die Abfindungssumme zwischen 110,000 und 150,000 ℳ und scheint ein Einverständniß mit 130,000 ℳ erzielt zu werden.

* * *

* Dem **österreichischen Reichsrathe** ist eine Vorlage, betreffend den Schutz der Bevölkerung gegen die Verfälschung von Lebensmitteln, zugegangen. Oesterreich besaß ein Nahrungsmittelgesetz bislang noch nicht. Der Entwurf verfügt eine scharfe Ueberwachung der in den Verkehr gelangenden Nahrungs- und Genußmittel durch die Gemeinden, sowie durch staatliche Aufsichtsorgane und ordnet die Bestellung von technischen Untersuchungs-Anstalten an. Es richtet sich übrigens nicht nur gegen die Verfälschung, sondern auch gegen die Verderbung von Lebensmitteln.

* Die **holländische Deputirtenkammer** ist auf den 14. Februar einberufen worden, doch werden die Deputirten nur wenige Wochen zusammen bleiben, um die nothwendigsten Geschäfte zu erledigen, da die Session dann bis zu den Neuwahlen geschlossen werden soll. Die katholische Partei wird demnächst ihr Wahlmanifest erlassen, das folgende Hauptpuncte enthält: Abänderung des Gesetzes bezüglich des höheren, mittleren und Volksschulunterrichts: Eintheilung der Wahldistricte in einfachere Districte; Reorganisation der socialen Gesetzgebung; Umgestaltung des Steuersystems in der Weise, daß die Steuerlast gleichmäßiger vertheilt wird, jedoch ohne eine allgemeine Einkommensteuer, welche für immer ausgeschlossen bleibt; Beseitigung der Steuern auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse; Revision der Einfuhr- und Ausfuhrzölle in Uebereinstimmung mit der Handelspolitik anderer Staaten und Einschränkung der Ausgaben für die Landesvertheidigung, ohne daß dadurch die Wehrkraft des Landes in Frage gestellt wird.

* Aus **Brüssel**, 5. Februar, wird der „Weserzeitung" geschrieben:

Bei der neuen Gestaltung, welche die Beziehungen zwischen den drei europäischen Kaisermächten gerade in den letzten Tagen angenommen haben, dürfte es von Interesse sein, die Geschichte der letzten russischen Anleiheversuche in Frankreich, Belgien und Holland vom Anbeginn bis in ihr gegenwärtiges Stadium zu verfolgen. Der Versuch Rußlands, den westeuropäischen Markt in den Bereich seiner finanziellen Operationen zu ziehen, reicht in den letzten Hochsommer hinauf und ist eine natürliche Folge des Feldzuges der officiösen deutschen Presse gegen die russischen Werthe. Der Finanzminister Wyschnegradski trat schon im August mit mehreren großen Brüsseler und Antwerpener Banken in Verbindung, um bei den belgischen Börsencommissionen die Einführung der russischen Anleihen von 1877 und 1884, sowie verschiedener Eisenbahnwerthe zu beantragen. Während nun die Verhandlungen im Zuge waren, wurde von Petersburg aus ein Fühler ausgestreckt, ob auf belgischen Plätzen nicht eine Anleihe für Rußland aufzubringen wäre, und da verschiedene hiesige Finanziers den Versuch nicht rundweg abschlugen, so wurde Ende November ein russischer Unterhändler hierher geschickt, um persönlich die Angelegenheit zu betreiben. Derselbe hatte zuvor in Paris das Comptoir d'Escompte, die Banque de Paris et des Pays-Bas und die Société générale gewonnen, welche die Aufgabe auf sich nahmen, ein französisch-belgisch-holländisches Syndicat für die russische Anleihe zu bilden. In Belgien war man hierzu deshalb geneigt, weil die letzten Zinsenreductionen seitens des Staates die Capitalien anregten, einen Blick auf das Ausland zu werfen. In Brüssel fanden sich dann die Société générale, die Banque de Bruxelles und mehrere Privatbanken zum Eintritt in das Consortium bereit, während sich das alte Bankhaus Hope in Amsterdam an die Spitze der holländischen Theilnehmer stellte. Die Verhandlungen begannen nun ganz ernstlich, zerschlugen sich und wurden Mitte December ganz abgebrochen, weil Rußland eine 4procentige Anleihe von nicht weniger als 700 Millionen Rubeln verlangte. Das Consortium bot blos 300 Millionen und verlangte Garantien, daß die Subscription nicht durch Kriegslärm gestört werde. Es scheint nun, daß man an der Newa mit sich handeln läßt. Denn Rußland giebt sich mit 4 bis 500 Millionen Rubel — übrigens auch eine ganz hübsche Summe — zufrieden und benutzte die Zeit nach dem Abbruch der Verhandlungen, um einige — Friedenslieder anzustimmen. Man erinnert sich, daß die Petersburger Regierungskreise gegen Schluß des alten und zu Beginn des neuen Jahres überaus friedliche Gesinnungen äußerten. Diese Aeußerungen sollten aber lediglich den Anleihezwecken dienen. Mitte Januar wurden die Verhandlungen thatsächlich wieder aufgenommen und Rußland erklärte sich plötzlich bereit, 400 Millionen, angeblich zu Eisenbahnzwecken, aufzunehmen. Es scheint nun, daß die Verhandlungen diesmal zum Ziele führen sollen, und nach der bisherigen Repartition kommen auf Frankreich 200, auf Holland und Belgien je 100 Millionen Rubel. Was Belgien betrifft, so ist zu bezweifeln, ob die Subscription auf eine russische Anleihe hier irgend welchen Erfolg haben wird. Der französische Chauvinismus dürfte wohl die ihm zugemuteten 200 Millionen ausstreiben. Was aber Holland betrifft, so ist zu bemerken, daß die dortigen Geldmärkte mit russischen Werthen überschwemmt sind. Die dortigen Besitzer russischer Werthe haben daher ein Interesse am Gelingen der Anleihe, weil sonst eine neue Entwerthung ihres Besitzes eintritt. Die Frage bleibt nur die, ob nicht die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Allianzvertrages den schönen Plänen des Herrn Wyschnegradski einen Strich durch die Rechnung gemacht hat.

* Aus **Bern**, 4. Februar, meldet die „Allgemeine Zeitung": „Dem deutschen Reichstagsabgeordneten Bebel droht wegen seiner im Reichstage gethanen Aeußerung, in Zürich pfiffen die Sperlinge auf dem Dache, daß der Vorgänger des Polizeihauptmanns Fischer, der ehemalige Züricher Polizeihauptmann Bollier, im Dienste der preußischen Polizei gestanden, von jenseits des Oceans ein Injurien-Proceß. In den hiesigen Blättern ist heute eine Erklärung einer Anzahl Freunde des Letzteren zu lesen, nach welcher derselbe am 5. d. M. die Schweiz verlassen und sich nach St. Louis in Amerika begeben habe; mit der nächsten Post werde er aber von der ihm durch den Reichstagsabgeordneten Bebel angethanen Beschimpfung Kenntniß erhalten und von ihm eine Generalvollmacht zur gerichtlichen Verfolgung desselben verlangt werden. Wie es scheint, wird da noch Manches zur Sprache kommen und diese Angelegenheit die Presse noch einige Zeit beschäftigen, auch wenn keine Beschwerde wegen der Fischer'schen Indiscretion seitens Deutschlands erfolgen sollte. — Einem neuesten St. Galler Berichte zufolge sollen die Mörder des Socialdemokraten Salaz jetzt entdeckt worden sein. Näheres, außer daß man in Hamburg auf ihre Spur gekommen sei, verlautet jedoch noch nicht."

* Die **Pariser Presse**, obschon zurückhaltend in ihren Commentaren über die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses ist doch ziemlich einstimmig darüber, daß die Situation ernst sei und Frankreich sich für alle Eventualitäten bereit halten müsse, — immerhin bringen die Blätter zahlreiche Telegramme von auswärts und reproduciren die auswärtigen Preßstimmen, welche alle betonen, daß jene Veröffentlichung durchaus friedliche Bedeutung habe und die Sicherung des Friedens bezwecke. Die radicalen und chauvinistischen Organe bestreiten natürlich Deutschlands Friedensliebe, bezeichnen die Veröffentlichung als Provocation Rußlands und fordern nachdrücklich die Bildung eines neuen energischen Cabinets, eines Ministeriums Floquet. Gleichzeitig aber sind dieselben Blätter wieder etwas kleinlaut geworden, mit ihrer Ausbeutung der Begegnung Floquet's mit Mohrenheim, nachdem Mohrenheim sehr energisch und kategorisch eine auch durch „Havas" gebrachte Dementirung verlangt, daß jene Annäherung zwischen ihm und Floquet nicht von russischer Seite herbeigeführt sei, vielmehr seien alle Schritte dazu von Floquet ausgegangen. Wiederum ein Beweis von dem kriechenden Servilismus der französischen Republikaner vor dem russischen Absolutismus. Den Vermittler spielte Flourens, welcher sich sein Portefeuille im zukünftigen Cabinet Floquet gesichert haben soll. Uebrigens ist zu jenem Diner Floquet's das gesammte diplomatische Corps geladen. Mohrenheim blieb diesen Diners, die Floquet, seitdem er Kammerpräsident alljährlich giebt, bisher stets fern.

* In beiden Häusern des **Vereinigten Staaten-Congresses** ist eine Bill eingebracht worden, welche die Einberufung einer internationalen Conferenz nach Washington in Vorschlag bringt, um größere Sicherheit für Leben und Eigenthum auf See zu beschaffen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

⁂ Berlin, 6. Februar. In der heutigen Sitzung der Commission des Abgeordnetenhauses, welche den Gesetzentwurf, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, zu berathen hat, wurde in der Specialdiscussion über §. 2 fortgefahren, welche mit §. 3 verbunden wurde. Dieselben lauten in der Regierungsvorlage §. 2: Der Staatsbeitrag ist an diejenige Casse, aus welcher die Lehrerbesoldung bestritten wird, vierteljährlich im Voraus zu zahlen. Derselbe ist zur Bestreitung des baaren Gehalts und, insoweit er hierzu nicht erforderlich, zur Deckung des Aufwands für das anderweitige Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen mit zu verwenden. §. 3: Das Recht auf den Bezug des Staatsbeitrags ruht, insoweit und so lange die Kosten der Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen durch eigene Einkünfte der Schule aus vorhandenem, zur Dotation der Schulstellen bestimmten Vermögen (Schul-, Kirchen-, Stiftungsvermögen 2c.) oder durch Leistungen, zu welchen Dritte auf besonderen Rechtstiteln verpflichtet sind, Deckung finden. Zu §. 2 lagen Abänderungsanträge vor 1) vom Abg. von Rauchhaupt, welcher sagen wollte: Der Staatsbeitrag ist zu verwenden a) zur Deckung des durch Aufhebung, bezw. Ermäßigung des Schulgeldes entstehenden Ausfalls; b) zur Verminderung der durch Umlage oder sonstigen Gemeindeleistungen für das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen, einschließlich der Vergütung für nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte aufkommenden Beträge. 2) vom Abg. von Zedlitz: Der Staatsbeitrag dient zur Bestreitung folgender von den zur Unterhaltung der Volksschulen nach öffentlichem Rechte Verpflichteten zu gewährenden Leistungen: a. zunächst des baaren Theiles des Diensteinkommens der Lehrer einschließlich der Aufwendungen für nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte, insofern er hierzu nicht erforderlich ist; b. des anderweitigen Diensteinkommens einschließlich der Aufwendungen für Dienstwohnung, Feuerung und Bewirthschaftung des Dienstlandes. — Uebereinstimmung herrschte darüber, daß nach §. 2 Bestimmung getroffen sei, für dasjenige Diensteinkommen, welches auf Grund öffentlichen Rechts seitens der Verpflichteten geleistet wird, während in §. 3 es sich um Zuschüsse handle, welche auf Grund Privatrechts seitens dazu Verpflichteter erfolgen. Um diesen Bestimmungen klaren Ausdruck zu geben, wurden die betreffenden Anträge eingebracht. In der Debatte vertraten die Commissarien des Cultusministers die Auffassung, daß die Zuschüsse nur für jede einzelne bestimmte Stelle erfolgen sollte, mithin eintretenden Falls derartig reichliche Dotationen für eine solche Stelle vorhanden sind, daß dadurch das ganze Diensteinkommen des betreffenden Lehrers gedeckt wird. Aus der Commission wurde dagegen allgemein der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Zuschuß generell zu den Gehältern sämmtlicher an einer Schule beschäftigten Lehrer erfolgen müsse. Der Vertreter des Finanzministers erklärte, daß bei den Berathungen des Gesetzes die jetzt seitens des Cultusministeriums dargelegten Anschauungen nicht zur Sprache gekommen seien. Bei der Abstimmung wurde zunächst mit 21 gegen 2 Stimmen folgender Antrag Brökel zu §. 3 angenommen: Das Recht auf den Bezug des Staatsbeitrags ruht, so lange und soweit dessen Zahlung eine Erleichterung der nach öffentlichem Recht zur Schulunterhaltung Verpflichteten bezüglich der von ihnen für das Lehrereinkommen (§. 2) zu tragenden Lasten (mit Rücksicht auf vorhandenes Vermögen auf Verpflichtungen Dritter auf besonderen Rechtstiteln oder aus sonstigen Gründen) nicht würde bewirkt werden. Die Bestimmung darüber, ob und inwieweit dies zutrifft, erfolgt in der Regel nach Durchschnittsberechnung je für eine fünfjährige Zeitdauer im Voraus. — Sodann wurde der Antrag v. Zedlitz zu §. 2 mit 16 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der gegenwärtigen Nummer ist eine Extrabeilage, das Spediteurgeschäft von Albert Meyer in Leipzig, Brühl 68, betreffend, beigefügt.

„Monopol-Seide". (Modebericht.) „Vom Fels zum Meer" 1887 — Heft 8 schreibt: . . . . „Durch Einführung der „Monopol-Seide" hat sich der Züricher Seiden-Industrielle G. Henneberg ein wahres Verdienst um die nach einem einfachen und gediegenen Seidenstoff seit lange vergeblich Umschau haltende Damenwelt erworben. Das Gewebe ist dauerhaft wie Leder, weich wie Sammt, glänzend wie Atlas; aus reinster Seide auf Lyoner Stühlen gewoben, erscheint es als eines der solidesten und reichsten Fabrikate, welche die Webeindustrie seit lange erzeugt. . . . ."

Nur direct und nur echt, wenn auf der Kante eines jeden Meters eingedruckt ist G. HENNEBERG'S „MONOPOL" Meter umgehend.

Zeiss Gloria Feder
besitzt alle Vortheile der amerik. Gold-Feder.
Schreibt gleich leicht auf glattem wie auf rauhem Papier.
Ist bedeutend dauerhafter und daher billiger wie jede andere Feder.
Man verlange Musterfeder.
Niederlagen bei
F. G. Mylius u. Paul Hungar in Leipzig.
Shannon Registrator Compagnie
Inhaber Aug. Zeiss
Hoflieferant S. M. des Königs von Italien und Ihrer Hoheit der Herzogin zu Anhalt-Bernburg.
Berlin W., Leipzigerstrasse 107.

Man verlange in den Apotheken die echten Schweizerpillen von A. Brandt, erhältlich in Schachteln zu 60 Pf. und 1 Mark.

Patentbureau Bernh. Peerschmann, Reichsstraße 45.
Patentbureau Ing. Otto Sack, Katharinenstr. 23, I. Besteht seit 1878. Fernsprechstelle 652.
Didier's holländische weiße Senfkörner haben sich bei Verdauungsbeschwerden, Unterleibsleiden aller Art als vorzüglich wirkend und helfend seit Jahren bewährt und sind in Originalschachteln à 1 ℳ 50 ₰ nur allein echt und stets frisch zu haben im Magazin von Theodor Pittmann, Ecke Neumarkt und Schillerstraße.

Potter-Braces
englische 3 ℳ 50.
deutsche 2 ℳ 50.
A. Boehr, Passage Steckner.

Tageskalender.

Kaiserl. Post- und Telegraphen-Anstalten.

1. Postamt 1 im Postgebäude am Augustusplatz.
2. Telegraphenamt im Postgebäude am Augustusplatz.
3. Postamt 2 am Leipzig-Dresdner Bahnhofe.
4. Postamt 3 am Bayer. Bahnhofe.
5. Postamt 4 (Mühlgasse).
6. Postamt 5 (Neumarkt 16).
7. Postamt 6 (Wiesenstraße 19).
8. Postamt 7 (Reudnitz, Steinw.).
9. Postamt 8 (Eilenb. Bahnhof).
10. Postamt 9 (Neue Börse).
11. Postamt 10 (Hospitalstraße).
12. Postamt 11 (Körnerstraße).

1) Die Postämter 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9 und 11 sind zugleich Telegraphenanstalten. Bei dem Postamte 5 werden Telegramme zur Besorgung an die nächste Telegraphenanstalt angenommen.

2) Die Postämter 5 und 9 sind zur Annahme gewöhnlicher Packereien sowie größerer Geld- und Werthsachen nicht ermächtigt. Bei dem Postamt 10 (Packetpostamt) findet eine Annahme von Postsendungen nicht statt.

3) Die Dienststunden bei sämmtlichen Postämtern werden abgehalten: an den Wochentagen von 8 Uhr früh (im Sommer von 7 Uhr früh) bis 8 Uhr Abends, an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 8 Uhr früh (im Sommer von 7 Uhr früh) bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 7 Uhr Nachmittags. Die Postämter 2 und 3 sind für die Annahme 2c. von Telegrammen außer den Postdienststunden an den Wochentagen auch von 8 bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Beim Telegraphenamte am Augustusplatz werden immerwährend, auch in der Nachtzeit, Telegramme zur Beförderung angenommen.

Bei dem Postamt 1 am Augustusplatze findet an den Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen auch in der Stunde von 11 bis 12 Vorm. eine Ausgabe von Briefen an regelmäßige Abholer statt.

Auskunftstellen der königlich sächsischen Staatseisenbahnverwaltung (Dresdner Bahnhof, geöffnet Wochentags 8—12 Uhr Vormittags und ½3—6 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtags 10—12 Uhr Vormittags) und **der königlich preußischen Staatseisenbahnverwaltung** (Brühl 75 u. 77 [Creditanstalt] parterre im Laden, geöffnet Wochentags 9—1 Uhr Vormittags und 3—6 Uhr Nachmittags, Sonntags 10—12 Uhr Mittags) geben beide unentgeltlich Auskunft

a. im Personenverkehr über Ankunft und Abgang der Züge, Anschlüsse, Reiserouten, Billetpreise, Reiseerleichterungen, Fahrpreisermäßigungen 2c.;

b. im Güter-Verkehr über allgemeine Transportbedingungen, Frachtsätze, Tarifirungen 2c.

Landwehr-Bureau im Schlosse Pleißenburg, Thurmhaus, 1. Etage links (über der Wache befindlich). Meldestunden sind Wochentags von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtags von 9 bis 12 Uhr Vormittags.

Oeffentliche Bibliotheken:

Universitätsbibliothek 11—1 Uhr.

Stadtbibliothek 3—5 Uhr.

Bibliothek der Handelskammer (Neue Börse) 10—12 Uhr.

Volksbibliothek I. (V. Bezirksschule) 7½—9½ Uhr Abends.

Pädagogische Centralbibliothek (Comeniusstiftung), Lehrerversammlungshaus, Kramerstr. 4, geöffnet Mittwoch und Sonnabend von 2—4 Uhr.

Handelskammer Neue Börse I. (Eing. Blücherplatz). Verleihung von Patentschriften 9 — 12 und 2—4 Uhr. Ferniprech-Nr. 506 (II).

Kinder-Poliklinik (begründet 1855) Gewandgäßchen 1, I., Ecke der Universitätsstr., Montags 3 Uhr. (Impfungen 1. Arme gratis.)

Frauen-Poliklinik, ebendas., Montags 4 Uhr.

Anstalt f. animale Impfung, Turnerstr. 18, Wochent. 11—1 Uhr.

Poliklinik für Ohren-, Nasen-, Hals- und Lungenleiden Leipzigerstraße 20, I., Ecke der Thomasiusstraße B. 8—9 Uhr.

Neue Kinderpoliklinik (früher Carolinenstraße) jetzt: Nürnberger Straße 55 part., alle Wochentage 9—10 Uhr.